

ANFRAGE von Willy Germann (CVP, Winterthur) und Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil)

betreffend Stark wachsender Vernehmlassungsaufwand

Die Flut an Vernehmlassungen schwillt immer mehr an. Noch vor wenigen Jahren wurden in einer Amtsperiode nur wenige Vernehmlassungen durchgeführt. Heute laufen meist mehrere Vernehmlassungen parallel.

Dies erzeugt bei den Parteien einen kaum mehr zumutbaren Mehraufwand. Vernehmlassungen belasten zudem die Verwaltung.

Viele Vernehmlassungen sind schlicht überflüssig. Oder sie verlangsamen und erschweren die Legiferierung. Sie dispensieren die Regierung zudem von Führungsverantwortung.

Eine Effizienzsteigerung wäre durchaus möglich.

Wenn der Vernehmlassungsaufwand aber nicht markant reduziert wird, müssten die Parteien für diesen Aufwand entschädigt werden.

Wir fragen deshalb den Regierungsrat an:

1. Wie begründet die Regierung die stark gestiegene Zahl an Vernehmlassungen gegenüber der früheren Zurückhaltung, Parteien und Verbände zu belasten?
2. Welche Arbeit fällt in der Verwaltung mit jeder Vernehmlassung an?
3. Ist die Regierung gewillt, die Anzahl Vernehmlassungen markant zu reduzieren?
4. Ist die Regierung bereit, die Parteien für jede Vernehmlassung zu entschädigen? Oder besser: Ist die Regierung bereit, eine Vorlage für eine Parteienfinanzierung vorzulegen, womit die steigenden Aufgaben der Parteien für den Staat abgegolten werden (Sekretariat, Experten usw.)?

Willy Germann
Johannes Zollinger